

Quelle: <http://www.waz.de/waz/waz.onlinesuche.ergebnis.volltext.php?zulieferer=waz&redaktion=redaktion&dateiname=dateiname&kennung=on6wazLOKStaGladbeck39237&catchline=catchline&kategorie=kategorie&rubrik=Stadt&region=Gladbeck&bildid=&searchstring=kibiz&dbserver=1&dbosserver=1&other=>

## KiBiz-Knackpunkte

Mit dem geplanten Kinderbildungsgesetz brechen für Eltern, Kinder und Träger von Kindertageseinrichtungen neue Zeiten an.

Individuelle Buchung von Betreuungszeiten erschwert Planung in den Einrichtungen. Übergangszeit wäre nötig

## SCHWERPUNKT KINDERGARTEN-WELT VERÄNDERT SICH

KiBiz klingt ganz niedlich, hat´s aber in sich. Das geplante neue Kinderbildungsgesetz des Landes wird die KiGa-Landschaft gehörig verändern. Vermutlich bereits ab August 2008 - wenn alles so kommt wie geplant. Denn eins steht für alle Beteiligten und Betroffenen fest: "Es gibt noch einige Knackpunkte". Dies sieht Maria Seifert als Vertreterin des LWL (Landschaftsverbands Westfalen Lippe) genauso wie Norbert Dyhringer vom Wohlfahrtsverband Awo.

Knackpunkt Nummer eins: Die Planung von Gruppenangeboten und Personalstärke wird schwieriger. Eltern haben künftig die Möglichkeit, eine unterschiedliche Anzahl von Betreuungsstunden für ihre Kinder zu "buchen". 25, 35, oder 45 Stunden Kindergartenzeit sind möglich. Das Angebot nach Elternbedarf macht die Personalplanung in den Kindergärten schwierig. Wenn jedes Jahr erst bei den Anmeldungen der Bedarf ermittelt wird, "was ist dann mit dem Personal?" fragt Dyhringer. Da habe man feste Verträge, könne nicht jährlich nach Bedarf einstellen oder entlassen. Hinzu kommt: Gerade für die Gruppen für Unter-Dreijährige sind mehr Fachkräfte als bisher vorgesehen. "Was ist mit den Hilfskräften, die in den Kindergärten arbeiten?" fragt Maria Seifert. Problematisch könnte die Situation auch in Regionen mit finanzschwachen Eltern werden. Wenn diese nur die günstigere, geringe Betreuungszeit buchen, sei das nicht im Sinne dieser Kinder, die oftmals eine besonders intensive Betreuung brauchen.

Knackpunkt Nummer zwei:

Kleine Einrichtungen und Träger werden es schwer haben, zu bestehen. Große Einrichtungen werden von der Neuregelung profitieren, weil sie viel anbieten können: Gruppen für Unter-Dreijährige, Gruppen für 2-6jährige und Regelgruppen für 3-6jährige. "Dann haben kleine Einrichtungen das Nachsehen und werden möglicherweise gar nicht mehr existieren können", befürchtet die LWL-Vorsitzende. Die Folge davon wäre: Wohnortnahe Kindergärten könnten rar werden.

Knackpunkt Nummer drei:

Die Zeit ist knapp. Bis zum 1. August 2008 ist die Umstellung in den Kindergärten kaum zu schaffen. "Es muss eine Übergangszeit geben", fordert Maria Seifert.

Denn spätestens im nächsten März wollen Eltern ihre Kinder anmelden. Die Städte müssen sich also sputen. Dyhringer: "Eltern kaufen die Katze nicht im Sack. Die Elternbeiträge müssen feststehen." Wie hoch die sein werden ist derzeit ungewiss. 19 % steht im Gesetzentwurf - die tatsächliche Höhe ist den Kommunen überlassen. Finanzschwache Gemeinden mit Haushaltssicherungskonzept haben da keinen Spielraum.

06.06.2007 Von Maria Lünig

KiBiz kommt

## KOMMENTAR

Auf breiter Front formiert sich Widerstand gegen das Kinderbildungsgesetz (KiBiz), das im August 2008 in Kraft treten soll. Auch AWO, DRK und der Paritätische unterstützen als Träger die geplante Demonstration am Mittwoch. Eindringlich haben CDU-Politiker an die Erzieherinnen appelliert, dem neuen Gesetz eine Chance zu geben. Ein Teil des Widerstands ist sicher der Furcht vor dem Unbekannten zuzurechnen, denn das Gesetz stellt das gewohnte Finanzierungssystem und pädagogische Konzepte auf den Kopf.

Gewollt ist wirtschaftliches Management im Kindergarten. Er erhält mehr Freiheiten, sein Angebot selbst zu bestimmen; Wettbewerb ist auch in der "Kuschelecke Kindergarten" erwünscht. Wen wundert es, dass diese Vorstellung - die auch positive Aspekte hat - Angst auslöst?

Kleine Kitas sehen sich besonders bedroht, denn sie haben nach neuem Finanzierungsmodus zu wenige Kinder, um ihren Personalstamm zu halten. Den großen, mehrgruppigen Einrichtungen bereitet die "Kopfpauschale" - also die kindgebundene Finanzierung - weniger Schwierigkeiten. Alle stehen vor dem Problem, dass die Eltern mit ihrer Auswahl der Betreuungszeit über die Personalpolitik des Kindergartens mitbestimmen.

Noch ist der Regierungsentwurf nicht zum Gesetz gediehen, mit Änderungen ist zu rechnen. Aber in einer kinderarmen Gesellschaft, zumal nach dem Pisa-Schock, schreiben sich Eltern und Kindergärten einen hohen Stellenwert zu. Dies lassen sie die Politik nun auch spüren.

08.06.2007 Von Marie-Luise Schmand

Quelle: <http://www.waz.de/waz/waz.onlinesuche.ergebnis.volltext.php?zulieferer=waz&redaktion=redaktion&dateiname=dateiname&kennung=onh1wazHGRWeiNational39241&catchline=catchline&kategorie=kategorie&rubrik=Welt&region=National&bildid=1006684&searchstring=kibiz&dbserver=1&dbosserver=1&other=>

## Weniger Kinder, kleinere Gruppen

NRW-Familienminister Armin Laschet: Mit dem neuen Kindergartengesetz werde die frühkindliche Bildung verbessert und die Betreuung ausgebaut. Mittelfristig sollen Fachhochschulen die Erzieherinnen ausbilden

Herr Minister, Sie stellen nun mit Ihrem neuen Gesetz KiBiz die Finanzierung der Kindergärten auf völlig neue Füße. Was haben denn Eltern und Kinder davon?

Laschet: Zum einen gibt es mehr Geld für Kindergärten, allein 2008 schon über 140 Millionen Euro. Zum anderen können Eltern nun sicher sein, dass der Kindergarten ein Ort der frühkindlichen Bildung und nicht nur ein Betreuungsort ist. Eltern haben zudem einen Rechtsanspruch auf eine Sprachförderung ihres Kindes und erhalten mehr Betreuungsplätze für unter Dreijährige, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Zudem können Kindergärten Familienzentren werden, die Eltern Hilfen bei Ehe- und Erziehungsproblemen aufzeigen und Bildungsangebote machen.

Eltern und Erzieher klagen über zu große Gruppen von mehr als 28 Kindern. Werden diese denn nun kleiner?

Laschet: Die Gruppengrößen bleiben wie sie heute sind, denn für eine Senkung hätten wir noch mehr Geld für die Kindergärten benötigt. Diese erhalten durch das KiBiz ohnehin jetzt Jahr für Jahr mehr Mittel. Langfristig aber können wir die Gruppengrößen verkleinern, weil die Kinderzahlen insgesamt sinken.

Warum gibt es im KiBiz keine Vorschrift zur Gruppengröße und zum Personal - die Betreiber der Kindergärten könnten doch mit Billigqualität einen schnellen Euro machen?

Laschet: Nein, das geht nicht, denn man darf nicht 30 Kinder in eine Gruppe stecken und 30 Pauschalen dafür kassieren ohne das entsprechende Personal zur Verfügung zu stellen. Das würde dem Kindeswohl widersprechen und gegen das Sozialgesetzbuch verstoßen. Es gilt ein fachlicher Standard beim Verhältnis Erzieher und Kinder. Die Obergrenze der Gruppen liegt grundsätzlich bei 25 Kindern, kommen vier 2-jährige dazu, sinkt sie sogar auf 20 Kinder.

Auf die Kindergärten kommen immer neue Aufgaben zu: Überfordern Sie da nicht die Erzieherinnen?

Laschet: Wir verlangen ihnen tatsächlich viel ab. Sie erbringen eine große Leistung, weil bei ihnen viele gesellschaftspolitische Probleme landen. Wir müssen mittelfristig dazu kommen, die Qualität der Ausbildung der Erzieherinnen zu verbessern, etwa zu einem Fachhochschulstudium, das den Anforderungen Rechnung trägt.

Sie wollen, dass viele Kindergärten zu Familienzentren werden - als Anlaufstelle für Alltagsorgen der Familie. Dafür gibt es aber nur 12 000 Euro extra - lächerlich wenig.

Laschet: Das ist nicht lächerlich. Bisher gab es gar kein Geld für die Koordinierungs- und Vermittlungsarbeit der Kindergärten. Nun wollen wir die Familienzentren flächendeckend in allen 178 Jugendamtsbezirken installieren. Mit dem Geld soll ja nicht die normale Arbeit finanziert werden, sondern der Extraaufwand der Vernetzung.

Die Sozialverbände fürchten, dass Kindergärten in sozial benachteiligten Vierteln nun schlechter gestellt werden.

Laschet: Wir haben jetzt im Gegensatz zum Referentenentwurf wieder eine Sonderförderung für diese Kindergärten eingebracht. Denn natürlich müssen Kindergärten in sozialen Brennpunkten mehr Geld erhalten als Kindergärten in der Eifel.

Viele setzen sich für eine Beitragsfreiheit der Kindergärten ein, warum Sie nicht?

Laschet: Absolute Priorität hat für mich, die Bildungsarbeit zu stärken und das Betreuungsangebot zu verbessern, weil wir hier weit zurückliegen. Wir wollen Familienzentren aufbauen, die Sprachfähigkeit fördern und danach die Gruppen verkleinern. Wenn wir den Eltern jetzt Beitragsfreiheit gewähren würden, dann würden wir wieder Geld aus dem System nehmen statt die Qualität zu verbessern.

Das Interview führte Peter Szymaniak.

"Kitas in Brennpunkten brauchen mehr Geld als Kitas in der Eifel"  
10.06.2007